



Konrad
Adenauer
Stiftung

September 2009

Pressemonitoring türkischer Printmedien

Almanya Programm



DEUTSCHE INTEGRATIONSPOLITIK IM SPIEGEL TÜRKISCHER TAGESZEITUNGEN

1. Bundestagswahlen
2. Islamischer Religionsunterricht in Deutschland
3. Ausländerpolitik - Kritik und Zuspruch
4. Deutsch-türkische Lebenswelten
5. Studien und Berichte

1. Bundestagswahlen

Ausführlich berichteten die türkischen Zeitungen über die Wahlen zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009. Im Zentrum des Interesses standen die Rolle von Migranten als Wählerschaft sowie die zur Wahl stehenden Bundestagskandidaten mit Migrationshintergrund.

„800.000 türkische Wähler wecken den Appetit der Parteien“ titelt die **ZAMAN** am 09.09.: Appetit und Schlaflosigkeit zugleich bereiteten die Türkischstämmigen den Parteien, wenn man bedenke, dass die Wahl 2002 durch eine Differenz von nur 412.000 Stimmen entschieden wurde. Mittlerweile seien die Deutsch-Türken Adressaten von Wahlkampagnen des gesamten Parteienspektrums, so die Zeitung weiter.

Häufige Erwähnung in den türkischen Medien erfährt der CDU-Wahlkampf. In diesem Zusammenhang beschreibt die **MILLIYET** am 02.09 „Merkels Öffnung gegenüber Türken“ und berichtet von einer ersten Konferenz von CDU-Mandats-trägern mit Migrationshintergrund, an der 120 Politiker von Kommunal-, Kreis- und Landesebenen teilnahmen. Die **ZAMAN** titelt hierzu: „Für Merkel als Kanzlerin verlässt sich die CDU auf die Stimmen der Migranten“. Zitiert wird Ronald Pofalla, der zwar einräumte, dass „beim Thema Integration in der CDU noch Nachholbedarf“ bestehe, aber darauf hinwies, dass die CDU in den letzten vier Jahren mehr zustande gebracht habe, als die vorangegangene Rot-Grüne Koalition in sieben Jahren. Auch die **SABAH** verkündet am selben Tag: „Die CDU will sich Migranten öffnen“. Das Massenblatt **HÜRRIYET** titelt am 18.09. mit einem Zitat von Angela Merkel: „Ich möchte einen türkischen Abgeordneten“.

Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) fordert in der **SABAH** am 07.09. die Parteien dazu auf, „eine gemeinsame Linie zu finden und Migranten nicht zu Wahlkampfzwecken zu missbrauchen“. Am 11.09. berichtet die **HÜRRIYET** über den Wahlauf Ruf von Kenan Kolat: die Türkischstämmigen sollten bei den Bundestagswahlen diejenige Partei wählen, die Integrations- und Migrationspolitik aufrichtig und ernsthaft betreibt, dem EU-Beitritt der Türkei zustimme und im Arbeitsleben Projekte gestalte, die für die türkischstämmige Bevölkerungsgruppe von Vorteil seien. Eine explizite Partei wird aber nicht genannt. Zu einem ähnlichen Appell an Wähler mit Migrations-

hintergrund, dieses Mal von Cem Özdemir, titelt die **ZAMAN** am 24.09.: „Ich rufe jeden bei dieser Wahl zur Verantwortung auf“. Begeisterung für die Wahl auf Seiten der wahlberechtigten Migranten vermeldet die **SABAH** am 21.09. Mit dem Aufmacher „Türken in Deutschland sind im Wahlfieber“ berichtet die Zeitung über Untersuchungsergebnisse von Meinungsforschern. Im Wahljahr 2009 sei auch die türkische Gemeinschaft in Deutschland am politischen Geschehen interessierter als bei den Wahlen zuvor.

Den Ausgang der Bundestagswahlen kommentieren die türkischen Medien ausführlich: „Zweiter Sieg für Merkel“ titelt **HÜRRİYET** am 28.09. Angela Merkel habe das Ergebnis erhalten, das sie bereits im Vorfeld erwartet hätte und könne ihre Position behalten, so die Zeitung weiter. Zum selben Thema titelt die **SABAH** mit „Merkels neuer Partner ist zu 99 Prozent die FDP“. Außerdem weist die **SABAH** daraufhin, dass es auch drei Türkischstämmige als Abgeordnete in den Bundestag geschafft haben. Die **ZAMAN** titelt zum Thema Bundestagswahl: „Die Gewinner der Wahl sind die bürgerlichen Parteien“. Spekulationen über die Vergabe von Ministerposten für das künftig neu aufgestellte Kabinett erstreckten sich auch über die Frage nach der Besetzung des Innenressorts. Im Gespräch seien nach Ansicht von **SABAH** am 30.09. neben Wolfgang Schäuble drei weitere Namen: der hessische Innenminister Volker Bouffier, Norbert Röttgen, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Karl Ernst Thomas de Maizièr, Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts, dem man beste Chancen in Aussicht stelle.

2. Islamischer Religionsunterricht in Deutschland

Das Für und Wider von islamischem Religionsunterricht an deutschen Schulen wurde unter den türkischen Medien vor allem von der Tageszeitung ZAMAN diskutiert und differenziert kommentiert.

Am 02.09. titelt die **ZAMAN** „Religionsunterricht am Beispiel Österreichs“. Während in Deutschland das umstrittene Thema des Islam-Unterrichts an deutschen Schulen als Problemkomplex erscheine, gebe es diesen Unterricht in Österreich, von dem zurzeit ca. 40.000 Schüler profitierten, bereits seit 1982. Momentan versuche der hessische Justizminister Jörg Hahn das Pilotprojekt des islamischen

Religionsunterrichts auch in seinem Bundesland zu implementieren. Er wird mit folgenden Worten zitiert: „Beim Thema Religionsunterricht werden wir weder Sonderregelungen einführen, noch Hindernisse entstehen lassen“. Mit den Worten „Wir wollen Islamunterricht an Schulen“ zitierte auch **HÜRRIYET** am 06.09. den hessischen Justizminister, der erforderliche Schritte bereits eingeleitet habe. Laut **ZAMAN** seien noch zahlreiche Fragen in diesem Bereich zu klären, wie etwa Kriterien zur Erstellung von Lehrplänen und Einstellung von Lehrkräften oder aber die Frage, wer die Lehrkräfte letztlich bezahlen werde. Der Artikel endet mit dem Hinweis auf die Erfahrungen Österreichs, an denen sich Deutschland zur Lösung dieses „Problems“ orientieren könne. In derselben Ausgabe wird unter dem Titel „Islamunterricht vereinfacht den Integrationsprozess“ von einer Iftar-Einladung des DITIB-Verbandes in Hannover berichtet, an der auch die niedersächsische Ausländerbeauftragte Gabriele Erpenbeck teilnahm. Sie wird wie folgt zitiert: „Religionsunterricht ist ein Teil der Schullehrpläne geworden. Der an einigen Schulen auf Deutsch erteilte Religionsunterricht erleichtert das gegenseitige Kennenlernen und vereinfacht daher auch den Integrationsprozess“.

Zum Thema interreligiöser Dialog berichtet die **ZAMAN** am 11.09. über die katholische Johannisschule in Osnabrück, in der ab 2011 Schüler der drei großen Weltreligionen unter einem Dach unterrichtet werden. Der Religionsunterricht werde entsprechend der verschiedenen Glaubensgruppen getrennt. Alle religiösen Festakte würden jedoch an der Schule künftig gemeinsam gefeiert. Außerdem werde man bei der Zubereitung der Speisen jeweils Rücksicht auf die entsprechenden religiösen Besonderheiten nehmen.

3. Ausländerpolitik – Kritik und Zuspruch

Kritisch setzte sich die türkische Presse im September mit dem Thema Einbürgerung und Moscheekontrollen auseinander. Das Mittagsgebet-Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts fand großen Zuspruch.

3.1. Einbürgerung in Deutschland

Am 15.09. berichtet die **ZAMAN** über Äußerungen der Bundesjustizministerin Brigitte Zypries zum Thema doppelte Staatsbürgerschaft türkischer Mitbürger. Sie sehe die Tatsache, dass Türken das Recht der doppelten Staatsbürgerschaft

nicht gewährt werde, als ein großes Manko des im Jahre 2000 verabschiedeten Staatsangehörigkeitsgesetzes an. Positiv an dem Gesetz sei, dass nun die Kondition des Geburtsortes relevant wäre, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu bekommen, wo vorher noch zumindest ein Elternteil hätte deutsch sein müssen. Allerdings sei die Bundesjustizministerin persönlich dagegen gewesen, den in Deutschland lebenden Türken das Recht zur doppelten Staatsbürgerschaft abzu-erkennen. „Es ist niemals schädlich, wenn ein Kind zwei Pässe hat“, meint Zypries in dem Artikel.

Am 19.09. berichtet die **ZAMAN** ausführlich über die in Nordrhein-Westfalen ins Leben gerufene Einbürgerungskampagne „Hier sind wir zu Hause“, die Menschen mit Migrationshintergrund dazu bewegen soll, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Im Bericht wird Thomas Kufen, der Landesintegrationsbeauftragte, wie folgt zitiert: „2008 haben 26.000 Menschen mit Migrationshintergrund die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. Im Vergleich zum Vorjahr waren dies 6.000 Menschen weniger. Allerdings ist dies nicht, wie die Medien berichten, dem Einbürgerungstest zuzuschreiben, da 98% der Menschen diesen Test bestehen“. Die Duisburger Integrationsbeauftragte Leyla Özmal wird mit den Worten zitiert, dass die Einbürgerung unabdingbar sei, um von den vielen, in Deutschland geltenden Rechten, Gebrauch machen zu können. Vor allem für die jüngere Generation sei die Einbürgerung essenziell, da deutsche Staatsbürger auf dem Arbeitsmarkt Vorrang hätten, so Özmal weiter.

3.2. Moscheekontrollen

Am 04.09. titelt die **ZAMAN** wie folgt: „Moscheekontrollen sind übertrieben und unangemessen“ und zitiert damit Torsten Jäger, den Geschäftsführer des Interkulturellen Rates in Deutschland e. V. Im Gespräch mit der Zeitung macht Jäger deutlich, dass diese Herangehensweise für die Kommunikation zwischen Staat und Islam nicht gerade förderlich sei. Die Tatsache, dass Muslime und Terrorismus in Deutschland oftmals in einem Atemzug erwähnt würden, beeinflusse den Blick auf Muslime in negativer Weise. Der Politik komme eine Schlüsselrolle in der Lenkung der Wahrnehmung des Islams zu, meint Jäger weiter.

Auch die **TÜRKIYE** kritisiert die Moscheekontrollen auf ihren Europaseiten mit dem Aufmacher „Beendet diesen Unsinn!“. Ali Ihsan Ünlü, Gebietsvorstandsvorsitzender der DITIB-Niedersachsen sieht diese Behandlung der Muslime als unvereinbar mit Demokratie und Menschenrechten, verlautet die Zeitung.

Am 26.09. berichtet die **ZAMAN** erneut über die Moscheekontrollen und zitiert diesmal Johannes Kahrs MdB (SPD). Es sei beschämend, Menschen, die ihre Religion praktizieren möchten, wie Verdächtige zu behandeln, so Kahrs. Außerdem laufe diese Vorgehensweise dem Ziel der Gemeinsamkeit und der interkulturellen Verständigung zuwider, so der Politiker.

3.3. Beten in der Schule

Über das Mittagsgebet-Urteil des Berliner Verwaltungsgerichtes berichten die **HÜRRIYET, MILLIYET, ZAMAN** und die **TÜRKIYE**. Das Gericht sprach einem 16-jährigen muslimischen Schüler einer Berliner Gymnasiums das Recht zu, außerhalb der Unterrichtszeit einmal täglich in der Schule sein islamisches Gebet zu verrichten: Das Grundrecht der Religionsfreiheit nach Art. 4 Abs. 1 und 2 des Grundgesetzes erstrecke sich nicht nur auf die innere Freiheit, zu glauben oder nicht zu glauben, sondern auch auf die äußere Freiheit, den Glauben zu bekunden, so die Richter. Dazu gehöre auch das Beten.

4. Deutsch-türkische Lebenswelten

Über türkische Lebenswelten in Deutschland berichteten die Tageszeitungen mit Blick auf Integration als beidseitigem Prozess, besondere Bildungswege und die Anerkennung von Berufsabschlüssen sowie mit Berichten über feierliche Iftar-Empfänge im Fastenmonat Ramadan.

4.1. Integration als Prozess: Beiderseitige Anerkennung

Mit dem Titel „Deutschland ist das Land, das die Deutschtürken repräsentiert“ gibt die **ZAMAN** am 05.09 ein Interview mit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration bei der Bundeskanzlerin, Maria Böhmer, wieder. Frau Böhmer wird wie folgt zitiert: „Wenn Menschen in der dritten und vierten Generation in Deutschland leben, sind sie ein Teil dieses Landes. Selbstverständlich können sie stolz auf ihre Wurzeln sein. Doch sie müssen auch Deutschland als das Land anerkennen, das sie repräsentiert.“ Integration sei, so Böhmer weiter, mehr als nur einen guten Beruf zu erlernen oder in einem Unternehmen eine wichtige Position zu erlangen. Integration habe gleichzeitig auch etwas mit dem Herzen zu tun und sei ein beidseitiger Prozess.

4.2. Bildungswege und Berufsabschlüsse

Am 14.09. berichtet die **ZAMAN** über ein Wirtschaftssymposium im Rahmen eines Iftar-Empfangs in Mannheim. Unter den geladenen Gästen waren der türkische Finanzminister Mehmet Simsek und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Maria Böhmer. Der Artikel zitiert aus der Ansprache Simseks an die in Deutschland lebenden Türken, in der er das deutsch-türkische Verhältnis als einzigartig lobt. Zugleich fordert er die türkischstämmigen Eltern auf, ihren Kindern die bestmögliche Bildung zu ermöglichen. Laut **ZAMAN** werde sich Maria Böhmer nach den Bundestagswahlen zu dem dafür einsetzen, dass im Ausland erworbene Abschlüsse innerhalb von sechs Monaten in Deutschland anerkannt werden.

Von einer Auszeichnung besonders erfolgreicher türkischstämmiger Schülern berichtet die **ZAMAN** am 15.09. unter dem Titel „Preis für erfolgreiche türkische Schüler“. Im türkischen Generalkonsulat in Düsseldorf würdigte der Konsul Hakan Kivanc die Leistungen der Schüler mit den Worten: „Die Entwicklung der in Deutschland lebenden türkischen Gemeinschaft und das Erlangen des verdienten Platzes in der Gesellschaft ist von der Bildung unserer Jugend abhängig. Gute Bildung ist förderlich für ihre private Karriere, wie auch für Deutschland an sich.“

Über das Thema der Diplomanerkennungen berichtet die **ZAMAN** erneut am 26.09. Bundesarbeitsminister Scholz habe einen Gesetzesentwurf zur Anerkennung ausländischer Diplome fertiggestellt, so die Zeitung. „Will man die kulturelle Vielfalt als Chance nutzen, muss man auch ausländische Diplome anerkennen“, so Scholz. Um zu verhindern, dass ein türkischer Arzt als Verkaufskraft, oder ein russischer Ingenieur als Taxifahrer arbeiten müsse, sollten diese Menschen in kürzester Zeit erfahren können, ob ihre ausländischen Zeugnisse in Deutschland anerkannt würden. Bei einer nicht vollständigen Anerkennung solle den Betroffenen eine Möglichkeit zum Erwerb von Zusatzqualifikationen eröffnet werden.

4.3. Fasten und Feiern: Ramadan und Iftar-Empfänge

Vielfach berichteten die türkischen Zeitungen im Fastenmonat Ramadan über bundesweite Iftar-Empfänge, bei denen wichtige politische Akteure mit Muslimen aus verschiedenen Ländern zusammentrafen. Einen gesonderten Teil stellte die **ZAMAN** diesen Berichten sogar mit zwei separaten Seiten zur Verfügung. Am

15.09. berichtet sie über eine Iftar-Veranstaltung von MÜSIAD, dem Verband unabhängiger türkischer Industrieller und Unternehmer. Orhan Bilen, der zweite Vorsitzende des Verbandes, wird mit folgenden Worten in dem Artikel zitiert: „In Deutschland sind mehr als 70.000 Türkischstämmige mit ihren eigenen Möglichkeiten zu Unternehmern aufgestiegen. [...] Die Türken in Deutschland haben sich zu einem sesshaften Teil der deutschen Gesellschaft entwickelt. Unsere Menschen, die als Arbeiter nach Deutschland gekommen sind, haben durch ihre eigene Mühe einen wichtigen sozialen Wandel verwirklicht“. Weiterhin gibt der Artikel an, dass es zurzeit ca. 72.000 türkische Betriebe in Deutschland gebe, die mehr als 400.000 Menschen beschäftigten.

Auch den Iftar-Empfang in der Zentralmoschee in Mönchengladbach, bei der christliche und muslimische Gläubige gemeinsam beteten, dokumentiert die **ZAMAN**. Auf den Kampf der Zivilisationen seien „Iftar-Empfänge die schönste Antwort“ schreibt die **ZAMAN** in einem Bericht am 16.09. über einen Iftar-Empfang in Hamburg, bei dem u.a. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz und Wolfhard Ploog von der Hamburger CDU anwesend waren.

Zum Abschluss des Fastenmonats titelt die **MILLIYET** am 21.09. „Festgäste von den Deutschen“ und berichtet von zahlreichen Gratulationen hochrangiger deutscher Politiker an die in Deutschland lebenden Muslime zum Ramadanfest.

5. Studien und Berichte

Auch im September wurden die Ergebnisse einiger Studien und statistischer Erhebungen zu den verschiedensten Themen in den Zeitungen thematisiert.

5.1. OECD-Studie zum Kindeswohl

Die **ZAMAN** berichtet am 03.09. über eine von der OECD veröffentlichte Studie zum Wohlbefinden von Kindern. Die Ergebnisse zusammenfassend wird darauf hingewiesen, dass in der Türkei lebende Kinder diejenigen seien, die am liebsten zur Schule gehen. Beim Thema Wohlstand von Kindern schneide Deutschland trotz verhältnismäßig hoher Ausgaben eher schlecht ab, sodass jedes sechste deutsche Kind an Armut leide, schreibt die Zeitung weiter. Im Bereich Gesundheit hingegen gehöre Deutschland zu den Vorreitern.

5.2. Bertelsmann-Studie: Kampf der Zivilisationen

Am 18.09. berichtet die **ZAMAN** über eine Studie, die in Kooperation der Bertelsmann-Stiftung und des Instituts für Politikwissenschaften der Universität Heidelberg entstanden ist. Untersuchungsgegenstand war die Frage, ob international von einem Kampf zwischen verschiedenen Zivilisationen gesprochen werden kann. Die Studie befindet, dass kulturelle und religiöse Differenzen nicht der Hauptgrund für Konflikte auf der Welt seien. Uwe Wagschal, Professor an der Universität Heidelberg, wird wie folgt in dem Artikel zitiert: „Seit Ende des Kalten Krieges ist die Anzahl von Unstimmigkeiten aufgrund von religiösen, ethnischen und unterschiedlichen historischen Gegebenheiten in der Tat angestiegen. Allerdings ist bei vier von fünf kulturellen Streitfällen die nationale Position hieran Schuld“. Auch Malte Boecker, Experte der Bertelsmann Stiftung, habe zum Thema gesagt, dass die oft vertretene These des Kulturkampfes zwischen dem Westen und dem Islam bei einer Gesamtbetrachtung der Konflikte auf der Welt nicht zutreffe.